



Kathrin Vogler, MdB

Zwischen  Bilanz

Lust und Frust

Meine Erfahrungen als Abgeordnete

„Ist das nicht sehr frustrierend?“ Diese Frage stellen mir häufig Menschen, wenn sie hören, dass ich Abgeordnete der LINKEN bin. Oder: „Macht es dir denn überhaupt noch Spaß?“ Nun ist ja das Leben im Allgemeinen und die Politik im Besonderen kein Ponyhof, aber die Frustration kann sich schon anschleichen, wenn man als relativ kleine Opposition dauernd gegen Wände rennt.



Gut, das mit den Wänden ist mir nach über 35 Jahren aktiver Friedensarbeit nicht ganz neu. Aber auch die Erfahrung: Wände können nicht nur eingerissen, sondern manchmal auch umgangen oder umgenutzt werden.

Oft sind Erfolg und Niederlage nah beieinander. Am Ende der letzten Wahlperiode konnte endlich, endlich die Praxisgebühr abgeschafft werden. Doch immer noch leiden viele Kranke an den unsozialen Zuzahlungen im Krankenhaus, in der Apotheke oder bei Zahnersatz, leiden die Beschäftigten und die PatientInnen an Pflege im Sekundentakt, während sich Pharmaindustrie und Klinikketten immer schamloser an den Krankenkassenbeiträgen bedienen. Wir haben es 2014 geschafft, der Bundesregierung einen wirklichen Ausbau der Unabhängigen Patientenberatung abzutrotzen. Doch kaum ist das geschafft, erteilen die Krankenkassen dem Tochterunternehmen eines Finanzinvestors den Auftrag dafür und servieren die erfahrenen und wirklich unabhängigen Patientenorganisationen, die die Beratung bis Ende letzten Jahres kompetent und eben wirklich unabhängig gemacht haben, einfach ab. Das ist nun gar nicht in unserem Sinne. Aber nicht nur bei der „Bettentour“ im Sommer 2015 spüre ich: Da ist Musik drin. Immer mehr Menschen sind bereit, mit uns gegen den Kapitalismus im Gesundheitswesen zu streiten. Das macht doch Mut!

Mit dem Unterausschuss Zivile Krisenprävention konnten wir in vielen Anhörungen und Debatten den Gedanken nicht-mili-

tärischer Bearbeitung internationaler Konflikte verstärken und den Alternativen zu Kriegen und Militärinterventionen mehr Beachtung verschaffen. Dazu war es sicher hilfreich, dass ich nicht nur theoretisch weiß, worüber wir da reden - zum Beispiel in der Plenardebatte zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“, in der ich den Außenminister aufforderte, die Mittel für zivile Konfliktbearbeitung deutlich aufzustocken. Das geschieht nun zwar - doch gleichzeitig haben die Rüstungsexporte einen neuen Höchststand erreicht. Genug Anlass also, die eigenen Wutbatterien immer wieder aufzuladen.

Sorgen macht mir die Debatte um eine „Normalisierung“ der LINKEN in der Außenpolitik, wie sie immer wieder auch von innerhalb der LINKEN gefordert wird: Für mich als Pazifistin ist der besondere Wert dieser Partei auch, dass sie sich konsequent dem Einsatz von Militär und dem globalen Waffenhandel verweigert und dafür eine vernehmbare Stimme im Bundestag ist. Auch auf der Straße wünsche ich mir oft einen entschiedeneren Einsatz meiner Partei gegen Krieg, Kriegsvorbereitung und die mächtigste Kriegsorganisation: die NATO. Bei allem Verständnis für Verunsicherung und Vorsicht gegenüber neu auftretenden Bewegungen - wir haben kein Recht auf Feigheit. Schon immer sind FriedensaktivistInnen verleumdet worden als „VaterlandsverräterInnen“, „NestbeschmutzerInnen“ oder „Fünfte Kolonne“. Viele sind für ihre Überzeugung eingesperrt, verfolgt, verfehmt oder ermordet worden. Heute heißt es dann eben „Putin-VersteherIn“ und statt Mord droht nur noch Rufmord. Eine Partei in der Tradition von Karl Liebknecht muss mutig dagegen halten - insbesondere ihre privilegiertesten Mitglieder, die Abgeordneten. Auch, wenn man sich damit nicht nur Freunde macht.



Und wenn ich sehe, wie viele Menschen sich im Moment für die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten einsetzen - dann bin ich auch stolz, dass meine Fraktion diejenige ist, die immer wieder darauf hinweist, warum diese Menschen fliehen mussten und welche Verantwortung die Bundesregierung für diese Krisen trägt. Also wenig Grund für Frustration, aber viele Gründe für linke Politik!

Solidarisch streiten!

Wie Diskussionen in Partei und Fraktion geführt werden sollten

Ich habe noch die Situation vor Augen, als wir am Anfang der letzten Wahlperiode mit unserer internen Selbstzerfleischung die Medien gefüttert haben. Seitdem Bernd Riexinger und Katja Kipping Parteivorsitzende sind, kommen wir endlich mehr mit den Themen, in denen wir uns einig sind, in die Medien, als mit denen, wo wir unsere Positionen klären müssen. Vor allem haben die persönlichen Angriffe aus dem Hinterhalt nachgelassen. Dafür spielt auch eine Rolle, dass unsere Fraktion seit der Bundestagswahl die Oppositionsführerschaft hat. Für DIE LINKE bedeutet das nicht, dass sie eine Regierung im Wartestand ist. Eine Regierungsperspektive im Bund gibt es für uns nicht, weil weder SPD noch Grüne genügend Interesse an einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens haben. Durch den Rückzug von Gregor Gysi, der die Oppositionsführerschaft als unser eloquentester Redner verkörpert hat, steht die Fraktion vor einer Zäsur. Mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch stehen nun zwei VertreterInnen der profiliertesten Flügel an der Spitze der Fraktion. Ich habe die Hoffnung, dass es ihnen gelingen wird, ähnlich wie den Parteivorsitzenden und in enger Abstimmung mit ihnen, in den zentralen Fragen auf Basis der Beschlüsse von Partei und Fraktion schnell gemeinsame Positionen zu finden. Der Kleinkrieg um (manchmal wichtige) Details darf die öffentliche Wahrnehmung der stärksten Oppositionsfraktion keinesfalls bestimmen, denn wir haben die Verantwortung, linke Kritik an den Regierungsvorhaben zugespitzt und allgemeinverständlich in die Öffentlichkeit zu bringen. Neben der

Kritik an den Regierenden müssen wir auch glaubwürdige und motivierende Konzepte zum Ausbau des Sozialstaats, für eine aktive zivile Friedenspolitik, für die Erweiterung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten und den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft erarbeiten.





Mit dem LINKE-Vorsitzenden Bernd Riexinger zu Besuch bei der RAG Anthrazit Ibbenbüren GmbH.

Keine Missverständnisse: Diskussionen und Konflikte gehören zu einer demokratischen und emanzipatorischen Partei dazu. Natürlich müssen wir unsere Positionen festigen, weiterentwickeln und auf neue Problemstellungen Antworten finden. Wir alle wissen, wie stark der Druck ist, der auf uns ausgeübt wird, dass wir unsere Positionen aufgeben sollen, weil sie nicht zum Mainstream passen, damit wir in Diskussionen „ernst genommen“ würden. Das sind Klärungsprozesse, wo auch mal das

„Machtwort“ eines Mehrheitsbeschlusses notwendig sein kann, aber ich bin keine große Freundin von Formelkompromissen. Wir brauchen die offene Diskussion und den Streit um das bessere Argument. Das „Deckeln“ von Konflikten verschafft uns nicht die Ausstrahlung einer lebendigen, kämpferischen Partei. Wenn es gelingt, für diese notwendigen Diskussionen in Fraktion und Partei genug Raum zu schaffen, dann können wir auch unseren WählerInnen besser vermitteln, wie wir zu einer bestimmten Entscheidung gekommen sind. Aber ganz sicher brauchen wir dazu nicht die Medien, schon gar nicht solche, die überhaupt nur über uns berichten, wenn wir uns gerade zoffen. Das ist im täglichen Geschäft gerade für uns Abgeordnete manchmal schwierig. Denn wir sind ja gewohnt, in jedes uns hingehaltene Mikrofon zu beißen und neigen chronisch dazu, unsere eigene Wichtigkeit zu überschätzen. Ich versuche jedenfalls, das immer im Hinterkopf zu behalten - auch wenn es manchmal schwer fällt.

Refugees welcome

Bring your families



Beim Protest gegen den Einsatz der Bundeswehr gegen Flüchtlinge im Mittelmeer.

Als sich im Sommer 2015 immer mehr Flüchtlinge von Griechenland aus zu Fuß nach Norden aufmachten, traf Bundeskanzlerin Angela Merkel eine ihrer seltenen wirklichen Entscheidungen: Anstatt abzuwarten, erklärte sie klar und deutlich, dass die Bundesrepublik Flüchtlinge aufnehmen würde, die nach den Regelungen des Dublin-Systems ihren Asylantrag eigentlich in einem anderen EU-Land betreiben müssten. Das war eine Ermutigung für viele Menschen in diesem Land, die mit großem Engagement beruflich oder ehrenamtlich anpacken, um diesen Menschen das Ankommen zu erleichtern.

Leider hat sich die Kanzlerin auf lange Sicht nicht gegen die erwartbaren Widerstände der Abschottungspolitikern durchsetzen können. Im Oktober beschloss die Bundesregierung die schlimmsten Asylrechtsverschärfungen seit der Asylrechtseinschränkung 1993. Schon Anfang Februar 2016 brachte sie ein neues Asylverschärfungspaket an den Start.

Erst kürzlich wurde in meinem Wahlkreis eine Familie aus Albanien abgeschoben. Die Familie lebte bereits seit drei Jahren in Ibbenbüren und galt als vorbildlich integriert. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 2015 wurde die Familie Bakalli mit vier Kindern zwischen einem und zwölf Jahren um viertel nach nachts aus dem Bett geholt und nach Albanien abgeschoben, wo sie im anbrechenden Winter ohne Obdach und ohne Einkommen dastanden. Ich habe die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in einem offenen Brief angeschrieben, wie das mit der Ankündigung von Innenminister Ralf Jäger zusammenpasst, der angekündigt hatte: „Was wir in Nordrhein-Westfalen nicht tun werden, ist, in den frühen Morgenstunden plötzlich bei irgendeiner Familie aufzutauchen, die Kinder aus dem Bett zu zerren und dann eine Abschiebung durchzuführen.“ Die Antwort von Hannelore Kraft war enttäuschend: Sie stellt sich hinter diese Abschiebepaxis des Kreises. So kann man mit Menschen, die seit Jahren hier leben, nicht umgehen.

Statt Abschottungslogik sollte Flüchtlingspolitik die Menschenrechte in den Vordergrund stellen. Wir müssen uns entschei-

den: Wollen wir Abschreckung durch Zwangsunterbringung, Gutscheine und Verweigerung von Familienzusammenführung – oder wollen wir Menschlichkeit und Integration?

Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist eine gute Gesundheitsversorgung für alle: DIE LINKE hat im Bundestag schon vor dem Sommer beantragt, dass Flüchtlinge eine Gesundheitskarte bekommen, damit sie nicht wegen jeder Behandlung erst zum Sozialamt müssen. Das wird jetzt teilweise umgesetzt, aber ganz wichtig ist darüber hinaus auch, dass die Flüchtlinge nicht nur bei akut schmerzhaften und lebensbedrohlichen Erkrankungen behandelt werden, sondern auch bei chronischen Erkrankungen.

Und wir dürfen auch nicht vergessen, dass in diesem Land bereits hunderttausende Menschen leben, die überhaupt keine Krankenversicherung haben, etwa Obdachlose, kleine Selbstständige, Menschen, die aus dem sozialen Netz gefallen sind, und vor allem Zuwanderer aus anderen EU-Ländern. Auch für diese Menschen brauchen wir eine Lösung!

Nach den furchtbaren Anschlägen in Paris erleben wir eine neue Welle der Terrorhysterie, die versucht, Flüchtlinge als Terror-sympathisanten zu stigmatisieren. Nach den frauenverachtenden Übergriffen in der Silvesternacht in Köln kommt jetzt die Stigmatisierung als Kriminelle dazu. Für die Straftaten Einzelner sollen nun alle

Flüchtlinge und Migranten verantwortlich gemacht werden, am besten noch von denen, die sich noch 1997 erbittert gegen die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe aussprachen.

Eine solidarische Politik muss die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge. Und wenn die Bundesregierung den Kommunen nicht genug Geld zur Verfügung stellt, um die Flüchtlinge gut unterzubringen und zu versorgen, und die Landesregierung NRW die Mittel ungerecht verteilt, dann muss man gegen diese Bundes- und Landesregierung protestieren, statt den Flüchtlingen die Schuld zu geben.



Mit 120 anderen Politikern bei einer Aktion der Initiative Sea Watch auf einem Flüchtlingsboot auf der Spree.

Vor Ort sein

Zuhören und Druck machen

Parlamentarische Arbeit ist wichtig, aber es ist auch wichtig, die Bodenhaftung zu bewahren. Gar nicht so leicht, wenn man so häufig im „Raumschiff Berlin“ ist.

Mir ist es deshalb ganz wichtig, zuzuhören, wenn ich in NRW unterwegs bin. Der Kontakt zu den Mitgliedern der LINKEN vor Ort und den WählerInnen erdet mich, und nicht selten nehme ich Anregungen mit nach Berlin.

Viele Menschen in NRW und vor allem die Aktiven in den Kreisverbänden kennen mein kleines Bewegungsmobil, das mich seit 2010 begleitet. In den Sommerpausen, aber auch zwischendurch, geht das Mobil auf Tour und unterstützt Infostände, Demos, Mahnwachen, BürgerInnensprechstunden und Abendveranstaltungen – nach Absprache mit den Kreisverbänden war und ist vieles möglich. Das kleine Mobil ist immer gut zu sehen und vielseitig einsetzbar.

2015 ruhte sich das Bewegungsmobil aus, denn dieses Jahr gab es ein anderes Format: die Bettentour für ein solidarisches Gesundheitswesen. An den zentralen Plätzen und in den Fußgängerzonen von Paderborn im Osten bis Aachen im Westen zogen Krankenhausbetten, an deren Kopfenden Parkuhren zur Zahlung von Liegegebühren aufforderten, die Blicke von Passanten auf sich. Die Aktion war inspiriert von den sächsischen GenossInnen, die im vorletzten Sommer ähnliche Aktionen veranstalteten und jetzt die Betten nicht mehr brauchten. Und so konn-

te ich gemeinsam mit meinen AbgeordnetenkollegInnen aus der Landesgruppe NRW in den letzten beiden Augustwochen 22 Städte besuchen und dort mit dieser politisch-satirischen Kunstaktion für das Konzept einer solidarischen Gesundheitsversicherung für alle werben.

Viele BürgerInnen machten ihrem Ärger über die Zwei-Klassen-Medizin Luft. Aus PatientInnen wurden KundInnen, Gesundheit zur Ware. Die Jagd nach Gewinnen und der gnadenlose Wettbe-



Beim Neujahrsempfang des Kreisverbands Steinfurt.

werb dominieren den Gesundheitsbereich. Diese Entwicklung, die das Resultat von politischen Entscheidungen der Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte ist, bekommen die Menschen mehr und mehr zu spüren.

Dem stellen wir LINKE die solidarische Gesundheitsversicherung entgegen: Darin ist jeder hier lebende Mensch versichert und erhält eine umfassende Gesundheitsversorgung und eine Pflege, die sich am Bedarf des Menschen orientiert. Für diesen „Gegenentwurf“ erhielten wir viel Zuspruch.

Die Bettentour machte Station in Paderborn, Bielefeld, Detmold, Gütersloh, Ibbenbüren, Münster, Hamm, Gladbeck, Bochum, Herne, Bottrop, Gelsenkirchen, Dinslaken, Oberhausen, Essen, Lüdenscheid, Wuppertal, Solingen, Troisdorf, Köln, Mülheim, Frechen und Aachen, im Oktober ging sie in Bonn, Velbert und Remscheid in die Verlängerung. Dort halfen neben den LINKEN Bundestagsabgeordneten über 100 ehrenamtliche GenossInnen und MandatsträgerInnen aus den Kommunen, verteilten insgesamt über 20.000 Infolyer und führten unzählige Gespräche. Unterstützung erhielten wir an einigen Orten durch Bündnispartner, wie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und das Aktionsbündnis „Pflege am Boden“. Wie immer bei der Arbeit als Abgeordnete zeigt sich: Wir können, wenn es gut läuft, Initiativen anstoßen, aber am Ende steht und fällt noch die beste Idee mit dem Engagement der Menschen vor Ort.

Bei der „Bettentour“ in Lüdenscheid.



Gesundheitswesen am Tropf?

Wir brauchen mehr Solidarität!

Kapitalismus im Gesundheitswesen geht an die Substanz, auch der vielen Menschen, die hier arbeiten. Ein klassischer „Frauenbereich“, in dem erzwungene Teilzeit, Leiharbeit und unsichere Beschäftigung zunehmen. Als gesundheitspolitische Sprecherin setze ich mich für faire Arbeitsbedingungen, mehr Personal und eine qualifizierte Ausbildung für Pflegeberufe ein.

Das Prinzip der Solidarität im Gesundheitswesen bedeutet: Gesunde zahlen für Kranke, Reiche für weniger Reiche. Doch dieser Grundsatz wird mehr und mehr ausgehöhlt. Die große Koalition hat die Krankenkassenfinanzierung noch ungerechter gemacht: Gesetzlich Versicherte müssen alle Ausgabensteigerungen in Form von Zusatzbeiträgen allein schultern. Union und SPD haben den Arbeitgeberanteil eingefroren und die hälftige Beteiligung der Arbeitgeber abgeschafft.

Dagegen setzt DIE LINKE das Konzept einer solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle. Auch diejenigen sollen dort einzahlen, die sich heute in die Privatversicherung verabschieden. Wenn alle Versicherten Beiträge auf alle Einkommensarten entrichten und die Arbeitgeber wieder die Hälfte übernehmen, kann der Beitrag für die meisten Menschen deutlich sinken, Zuzahlungen könnten abgeschafft werden.

Die Krankenhäuser stehen schon lange unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Von Einrichtungen der Daseinsvorsorge sind sie zu Unternehmen gemacht worden, die Profit abwerfen



Bei der „Bettentour“.

sollen. Das Krankenhausstrukturgesetz der Bundesregierung setzt diese Politik fort und verschärft den Wettbewerb noch. Bei einem Bedarf von bis zu 100.000 Pflegekräften schafft die Bundesregierung sage und schreibe 6.000 neue Pflegestellen. Die Folgen erleben wir gerade in meinem Heimatkreis Steinfurt: Insolvenz, Schließung und Abbau von Krankenhäusern in den kleineren Städten. Dagegen kämpfe ich!

Ich setze mich ein für wirksame, sichere und bezahlbare Arzneimittel und nicht für die Aktienkurse der Pharmaindustrie. Der Preis neuer Arzneimittel sollte sich am zusätzlichen Nutzen gegenüber älteren und schon erprobten Medikamenten und am tatsächlichen Forschungsaufwand ausrichten. Die Pharmaindustrie muss endlich verpflichtet werden, alle Studien zu veröffentlichen (auch die, deren Ergebnisse ihr nicht passen) und der Bund muss mehr Geld für unabhängige Arzneimittelforschung bereitstellen. Hier werde ich mit meiner Fraktion auch weiterhin mit Fragen und Anträgen immer wieder nachbohren und nachhaken müssen.

Auch die aktuelle Bundesregierung will die elektronische Gesundheitskarte mit aller Macht durchpeitschen, ohne Rücksicht auf Datenschutz, Patientenautonomie und Milliardenausgaben. So wird eine monströse Telematik-Infrastruktur geschaffen, ein Big-Data-Monster. Das müssen wir gemeinsam stoppen!

Ein weiterer Schwerpunkt in dieser Wahlperiode ist die Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen. Pharmakonzerne und Medizinproduktehersteller werben in Krankenhäusern und Praxen für ihre Produkte. Sie verteilen Geschenke, laden zum Essen ein und zahlen Fortbildungen für ÄrztInnen. Damit beeinflussen sie in ihrem Sinn, was verschrieben wird. Das, was



Mit den Abgeordneten Eva Högl (SPD) und Michael Frieser (CSU) bei der Pressekonferenz zum Gesetzentwurf zur Sterbehilfe.

die Bundesregierung hier macht, springt nicht weit genug. Darum habe ich für DIE LINKE einen Antrag vorgelegt, der weiter geht.

Wir brauchen ein grundlegendes Umdenken in der Gesundheitspolitik: statt Markt und Wettbewerb schaffen mehr Demokratie und Solidarität Sicherheit für alle. Gesundheit ist keine Ware!

Friedenspolitik muss deutlich machen, wie Kriege vorbereitet werden, z. B. durch Rüstungslobbyismus oder die gezielte Eskalation von Konflikten, sie muss das Grauen des Krieges ins Gedächtnis rufen, wenn vorgeblich Menschenrechte mit Waffengewalt verteidigt werden sollen, aber sie muss auch Alternativen aufzeigen. Denn es ist ja nicht so, dass AntimilitaristInnen, Friedensbewegte und PazifistInnen vorschlagen würden, Gewalt tatenlos zuzusehen. Das wird aber unterstellt, wenn Minister und Bundespräsident die neue „internationale Verant-



Mit Hubertus Zdebel, Niema Movassat, Inge Höger und vielen anderen bei der Demonstration gegen eine NATO-Konferenz in Essen.

„Internationale Verantwortung“

Was heißt das eigentlich?

wortung“ beschwören: Dass es verantwortungslos sei, auf Militär zu verzichten. Dabei gibt es vieles, das man vor, während und nach Kriegen machen kann, ohne Waffen und Soldaten zu schicken. So könnte man wirklich verantwortlich handeln. Deswegen sehe ich meine Aufgabe darin, diese Alternativen zum Krieg inhaltlich zu unterfüttern, um unsere Antikriegsposition zu stärken. Eine Regierungsbeteiligung der LINKEN wird auf absehbare Zeit nicht zustande kommen, weil weder SPD noch Grüne an echter Umverteilung von oben nach unten interessiert sind. Doch wenn es ernsthafte Gespräche über eine Zusammenarbeit geben sollte, dann sehe ich die Gefahr, dass der Druck sehr hoch sein wird, unsere Friedenspositionen auf dem Altar einer Regierungsbeteiligung zu opfern. Ich bin überzeugt, dass es nötig ist, für diesen Fall jetzt schon vorzubauen und unsere friedenspolitischen Alternativen genauer auszuarbeiten.

Ich vertrete DIE LINKE im Unterausschuss Zivile Krisenprävention. Hier arbeite ich eng mit außerparlamentarischen Organisationen zusammen, die sich zum Beispiel im Zivilen Friedensdienst engagieren. Für die Bundesregierung ist Krisenprävention leider oft nur ein Feigenblatt. Die dafür bereitgestellten finanziellen Mittel sind beschämend gering, genauso wie das Interesse. Und wenn man sieht, wie der ohnehin überhöhte Militärhaushalt immer weiter erhöht wird, dann wird auch klar, dass zivile Maßnahmen eher dazu dienen sollen, die Folgen der

eigenen verfehlten Politik abzumildern oder neue militärische Abenteuer zu unterfüttern. „Vernetzter Ansatz“ heißt das nun. Eine Kleine Anfrage von Jan van Aken und mir brachte zutage, dass die Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren nicht nur in 79 Staaten Rüstungsexporte genehmigt hat, sondern in 56 dieser Länder gleichzeitig auch noch Maßnahmen der zivilen Krisenprävention gefördert hat. In denselben Ländern! Soll das verantwortliche Politik sein? Das ist verantwortungslos und das

mache ich auch im Ausschuss und im Plenum des Bundestags immer wieder klar.

Verantwortliche Politik hieße, unsere Wirtschaftspolitik so zu ändern, dass sie nicht mehr die schamlose Ausplünderung des globalen Südens durch deutsche Unternehmen fördert und damit Konflikte verschärft. Verantwortlich wäre es, an den Fluchtursachen anzusetzen statt über die Begrenzung von Flüchtlingszahlen zu schwadronieren, als ob das an den Lebensbedingungen, vor denen die Menschen fliehen, irgendetwas ändern würde.

Friedensarbeit muss aber auch aufzeigen, wo konkret vor Ort die Infrastruktur für Kriege besteht, auch bei uns in NRW. Deswegen beteilige ich mich an Protesten etwa gegen das Deutsch-Niederländische Korps in Münster, das Teil der gegen Russland gerichteten NATO-Speerspitze ist, gegen die Militärstandorte in Kalkar und Uedem, die für die NATO-Luftkriege genutzt werden, oder gegen NATO-Konferenzen, Rekrutierungsveranstaltungen und Rüstungsmessen.



Beim Runden Tisch der Linksfraktion mit der Friedensbewegung.



Eine erdrückend große Koalition spüren wir als Abgeordnete in unserer Arbeit in Berlin nahezu alltäglich. Doch auch vor Ort zeigt sich an vielen Stellen, was es heißt, wenn die Bundesregierung neoliberal durchregiert. Als größte Oppositionspartei haben wir LINKE dadurch nicht nur eine neue Rolle in der Bundespolitik, sondern auch mehr Verantwortung vor Ort erhalten: Für immer mehr Menschen sind wir Ansprechpartner und Anlaufstelle, wenn die Entscheidungen von CDU und SPD in die völlig falsche Richtung gehen.

So sind die Briefe von Bürgerinnen und Bürgern, die ich zum Thema Fracking beantwortet habe, mittlerweile zu einem groß-

„Erde an Raumschiff!“

Politik wird vor Ort konkret

en Stapel angewachsen. Die Menschen fürchten zu Recht, dass das von den Großkoalitionären vereinbarte „Frackingerglaubnisgesetz“ die Nutzung dieser Hochrisikotechnologie zur Ausbeutung noch der allerletzten Erdgasreserven schnell ausweiten wird – auf Kosten von Mensch und Umwelt. Wir sind dabei die Stimme der Opposition und stehen an der Seite der vielen Bürgerinitiativen. Gemeinsam halten wir den öffentlichen Druck auf die Regierenden aufrecht.

Während CDU und SPD in Berlin lautstark über die Einführung eines viel zu niedrigen und lückenhaften Mindestlohns stritten, musste ich in meinem Wahlkreis die krassesten Auswüchse eines deregulierten Arbeitsmarktes erfahren. Über ein Konstrukt von Subunternehmen beschäftigte ein westfälischer Fleisch- und Wurstwarenfabrikant Arbeiterinnen und Arbeiter zumeist aus Osteuropa ohne rechtsgültige Arbeitsverträge. 10- bis 18-Stunden-Schichten, minimale Löhne, keine Krankenversicherungen und mangelnde Schutzkleidung kennzeichneten die Arbeitsbedingungen für die Betroffenen. Von den viel zu niedrigen Löhnen mussten die Beschäftigten auch noch völlig heruntergekommene und überteuerte Wohnungen mieten. Die Betriebsräte in den Mutterunternehmen standen dem machtlos gegenüber und die Betroffenen waren durch tägliche Schikane und ein System der Angst regelrecht gelähmt.

Bei einer Besichtigung der Unterkünfte konnte ich mir zusammen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein Bild von der



Bei einer Demonstration gegen die Krankenhausschließung in Emsdetten.

Lage machen und Kontakt zu den Betroffenen aufnehmen. Wir halfen in der Folge bei der Vermittlung von Dolmetschern, organisierten die Begleitung bei Behördengängen und sammelten in einem besonders krassen Fall Spenden. Über Zeitungs- und Radioberichte und sogar eine Demonstration wurde die Öffentlichkeit über die Zustände vor ihrer Haustür informiert. Die Staatsanwaltschaft nahm unterdessen Ermittlungen auf. Jetzt hat das Unternehmen seine Beschäftigungspraxis den gesetzlichen Mindestbestimmungen angepasst. Dass diese kleine Verbesserung für die betroffenen Menschen überhaupt nur durch öffentlichen Druck erreicht wurde, zeigt, dass die staatlichen Kontrollen zur Einhaltung der Arbeitsrechtsstandards deutlich ausgebaut statt eingeschränkt werden müssen.

Auch in den Krankenhäusern ächzen die Beschäftigten unter einer enormen Arbeitsverdichtung und schlechter Bezahlung. Aus Gesprächen mit Mitarbeitervertretungen weiß ich, dass letztlich so auch die Versorgung der Patientinnen und Patienten leidet. Doch die Kliniken mussten sich nach den „Reformen“ der letzten Bundesregierungen mehr und mehr in gewinnorientierte Unternehmen wandeln. In NRW rollt eine Schließungswelle über die Krankenhauslandschaft hinweg. Davon betroffen sind vornehmlich Krankenhäuser im ländlichen Raum. Vor Ort sind wir innerhalb der Protestbewegungen gegen die Krankenhausschließungen diejenigen, die Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen als Ursache der Probleme aufzeigen und deshalb glaubwürdig die Versorgung der Menschen in den Mittelpunkt stellen. Das kommt an.

Aus diesen Auseinandersetzungen, aber auch Ortsterminen bei Vereinen und Initiativen oder zahlreichen Bürger- und Bürgerringgesprächen nehme ich Anregungen mit, die ich im Bundestag nutzen kann. Diese direkte Rückmeldung der Menschen – das ist es, was mich stärkt und inspiriert!

	<i>Montag</i>	<i>Dienstag</i>	<i>Mittwoch</i>
8.00	ab 6.00 Fahrt von Emsdetten nach Berlin		
9.00		Pressegespräch mit Hauptstadtjournalisten zur Gesundheitspolitik	Durchsehen der letzten Unterlagen für den Ausschuss
10.00	Gespräch mit Mitarbeiter zur Ausschussarbeit	Sitzung Fraktions-Arbeitskreis I „Soziales, Gesundheit und Rente“; Pressemitteilung mit Mitarbeiter abstimmen	Sitzung Gesundheitsausschusses
11.00			
	Bürobesprechung/laufende Wochenvorbereitung mit meinem Team		
12.00	Postmappen durcharbeiten	Mittagspause (hat Seltenheitswert)	Gedenkstunde im Plenarsaal
13.00		Frauenplenum	Befragung der Bundesregierung
14.00	Treffen Fraktions-Arbeitsgruppe „Gesundheit und Pflege“	Fraktionssitzung; Telefonate mit Journalistin und Wahlkreismitarbeiter	Fragestunde
15.00			
16.00	Sitzung Unterausschuss Zivile Krisenprävention		
17.00			
18.00	Obleute-Gespräch Unterausschuss		
19.00		Treffen der Parlamentariergruppe mit dem indischen Botschafter	Empfang der Ratsfraktion Duisburg mit Redebeitrag, anschließend Übernachtung dort
	Podiumsteilnahme bei einer Krankenkasse		
20.00			
21.00			

Im März 2015 erreichte mich eine Anfrage der WDR-Wirtschaftsredaktion. Man plane ein neues Format unter dem Motto ‚Anpacker‘. In einem sogenannten „Problemviertel“ in NRW sollten PolitikerInnen mit den Menschen in Kontakt treten und sich um ein konkretes Projekt kümmern. Das klang spannend und so habe ich nach einigem Überlegen zugesagt.

Ich hatte keine Ahnung, was auf mich zukommen würde, aber das war ja der Reiz. Was Neues ausprobieren, Politik vermitteln jenseits krawalliger Talkshows, zeigen, wie Politik mit dem wirklich wahren Leben zu tun hat. Überprüfen, ob ich nach fast sechs Jahren Bundestag immer noch genug Bodenhaftung habe. Und natürlich auch, weil ich finde, dass ein solches Projekt in einem sozialen Brennpunkt ohne LINKE gar nicht funktionieren kann.

Im Juni schließlich ging es los. In Düsseldorf traf ich sechs MitstreiterInnen, mit denen ich nun eine Woche in Duisburg-Marxloh in einer WG leben und vom WDR vorbereitete Aufgaben lösen sollte. Um die Gesundheitsversorgung nicht versicherter Menschen sollten wir uns kümmern, um die Jugendlichen im Stadtteil und einen Kochkurs sollten wir auch organisieren. Zwischendurch bekamen wir individuelle „Challenges“ – meine brachte mich mitten in eine Massenschlägerei mit einigen Dutzend Beteiligten und einer Hundertschaft Polizei.

Aus dieser Woche machte der WDR dann eine Sendung von 40 Minuten, die zum Start des neuen WDR-Programms am 24.8.2015 ausgestrahlt wurde. Am Tag danach besuchte Angela Merkel Marxloh. Im Saal bemühten sich handverlesene BürgerInnen ernsthaft, der Kanzlerin die Probleme im Stadtteil und mögliche Lösungen nahezubringen. Merkel reihte eine Be-

Marxloh, Media, Merkel & Me

langlosigkeit an die nächste. Ich habe mich draußen unter die Menschen gemischt und zugehört. Selbst die, die wegen der Kanzlerin gekommen waren, haben wenig Hoffnung in die Politik. Ihre Erfahrung ist: Die reden viel und ändern wenig. Das erleben sie immer wieder und viel zu oft. Und die Medien? Die kommen mit einem vorgefertigten Bild in den Stadtteil, das sie möglichst reißerisch reproduzieren wollen. Das WDR-Team hat sich hier allerdings anders verhalten, dafür verdient es Respekt. Es hat weder den Stadtteil noch die Menschen einseitig dargestellt, aber Probleme auch nicht weichgezeichnet.

Das Format der „Politiker-WG“ fand ich nicht unkompliziert. Natürlich kamen in der WG politische Unterschiede weniger zum Tragen als sonst. Sie wurden allenfalls angedeutet. Gegenseitiger Respekt und Hilfsbereitschaft untereinander sind in der „echten“ Politik auch nicht unbedingt die Regel.

Für mich war die Woche in Marxloh aber mehr als ein Medienprojekt. Ich habe selten so viel Bereitschaft erlebt, die Verhältnisse zu ändern und der Resignation zu trotzen. Dort leben tolle Menschen, die sich füreinander einsetzen und die massenhafte Armut nicht einfach hinnehmen. Mir ist noch einmal sehr bewusst geworden, wie sich Entscheidungen in Berlin auf die Menschen vor Ort auswirken. Deswegen bleibe ich am Ball: Gesundheitsversorgung für alle bleibt ein zentrales Thema. Marxloh motiviert!

Es ist mir eine große Ehre, als Beiratsmitglied das sozial-pastorale Zentrum Petershof in Marxloh weiter begleiten zu dürfen. Mit einer regelmäßigen Spende finanziere ich dort einen Ausbildungsplatz.



Brennpunkt Marxloh | Video verfügbar bis 25.08.2016

Beim Interview für WDR bzw. ARD in und über Duisburg-Marxloh.

Meine Arbeit in Zahlen

Die Geschäftsordnung des Bundestags gibt den Abgeordneten die Möglichkeit, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren, kritisch zu hinterfragen und auf Missstände aufmerksam zu machen. Das wichtigste Instrument des Parlaments sind die Beschlüsse über Gesetze. Als Oppositionsabgeordnete haben wir hier jedoch schlechte Karten. Uns geht es vor allem darum, der Regierung kritische Fragen zu stellen und Alternativen zur herrschenden Politik aufzuzeigen.

Abgeordnete haben die Möglichkeit, der Bundesregierung eine bestimmte Menge schriftliche, mündliche sowie sogenannte „dringliche“ Fragen zu stellen. **91 schriftliche, mündliche und dringliche Fragen** habe ich in den ersten zwei Jahren in der 18. Wahlperiode der Regierung gestellt. Dabei ging es etwa um den Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung“, die Regelung bei Nichtvorlage einer gültigen Gesundheitskarte, den staatlichen Absicherungsfonds für freiwillige Ebola-Helfer, Menschen ohne Krankenversicherungsschutz oder zum Beispiel auch Krankenhauspolitik.

In Kleinen und Großen Anfragen können die Bundestagsabgeordneten die Regierung zu schriftlichen Auskünften auffordern. Hiervon habe ich bisher in der 18. Wahlperiode 385 unterstützt und **31 Kleine Anfrage** selbst initiiert. Dabei ging es um die Pille danach, Zusatzbeiträge, Vergabeverfahren der Unabhängigen Patientenberatung, Arzneimittelpreise, die Urananreicherungsanlage Gronau, Rüstungsexporte, Werbemaßnahmen der Bundeswehr und vieles mehr.

Die Fraktion DIE LINKE stellt im Bundestag eine Reihe von Anträgen und Entschließungsanträgen, um deutlich zu machen, wie sie zu aktuell diskutierten Themen steht. **95** habe ich unterstützt oder selbst initiiert. **25 Reden** habe ich in der 18. Legislaturperiode bisher gehalten und dabei viele Themen aus der Gesundheits- und Friedenspolitik ansprechen können: Zur elektronischen Gesundheitskarte, zum Verbot von geschäftsmäßiger Suizidbeihilfe, zur Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge, zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den zivilen Alternativen dazu und weiteren Themen.

73 Pressemitteilungen habe ich zu den verschiedensten Themen aus meinen Arbeitsbereichen und aus dem Wahlkreis veröffentlicht. Dazu kommen unzählige Interviews, Hintergrundgespräche, Statements und O-Töne, die sich in der Medienberichterstattung niedergeschlagen haben.

Vor Ort im Wahlkreis und in NRW erreichbar

In meinen drei BürgerInnenbüros in Emsdetten, Hamm und Paderborn biete ich Ihnen eine Anlaufstelle für Information und Diskussion. Dort können Sie sich mit Ihren Anliegen, mit Anregungen, Fragen oder Kritik direkt an mich und meine Mitarbeiter wenden. Die Sprechzeiten sind auch dafür da, Hilfestellung bei Problemen mit Ämtern und Behörden zu leisten. Manchmal öffnet ein kurzer Anruf aus dem Abgeordnetenbüro Türen, die vorher fest vernagelt schienen. Besonders interessieren mich Geschichten, die am Beispiel vor Ort zeigen, wie sich die Berliner Politik in der Realität auswirkt. Als Abgeordnete habe ich manchmal die Möglichkeit, Bürgeranliegen zu politischen Themen zu machen.

Ich kann keine Wunder versprechen, eins aber schon: Ich werde mich kümmern. Aber auch, wenn Sie sich einfach nur über meine Arbeit und die der Bundestagsfraktion informieren wollen, sind die BürgerInnenbüros die richtige Adresse. Gerne bieten wir auch Raum für eigenes Engagement, für Veranstaltungen und Treffen. Als Bundestagsabgeordnete bin ich so nicht nur in Berlin und in meinem Wahlkreis unterwegs, sondern in ganz NRW und auch darüber hinaus. Ob nun Touren mit dem Bewegungsmobil oder Diskussionsveranstaltungen, als Gast bei Mitgliederversammlungen in Kreisverbänden der LINKEN oder Austausch mit außerparlamentarischen Bewegungen und Gruppen: Sie möchten für Ihre Veranstaltung noch jemanden einladen, der über solidarische Gesundheitspolitik, friedenspolitische Alternativen zu Bundeswehreinsätzen, die Positionen der Fraktion DIE LINKE spricht? Gerne komme ich vorbei.

Sie interessieren sich für eine politische Reise nach Berlin? Sie wollen die Arbeit des Bundestages bei einer Besichtigung erleben? Dreimal jährlich lade ich politisch interessierte Menschen zu einer Bildungsfahrt nach Berlin ein. Daran können Sie gern teilnehmen. Sie wollen selbst eine Reise nach Berlin organisieren und dabei den Bundestag besuchen? Gern geben meine Büros Hilfestellung bei Organisation und Finanzierung.

Und wenn Sie einfach nur verfolgen wollen, was ich in den nächsten zwei Jahren mache - abonnieren Sie meinen monatlichen E-Mail-Newsletter auf meiner Homepage oder folgen Sie mir auf Facebook.



www.kathrin-vogler.de



www.facebook.com/kathrin.vogler



[@voglerk](https://twitter.com/voglerk)

Bundestagsbüro Berlin

Kathrin Vogler, MdB
DIE LINKE.
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 22772112
Fax: 030 22776112
kathrin.vogler@bundestag.de

Wahlkreisbüro Emsdetten

Karlstr. 17
48282 Emsdetten
Telefon: 02572 9607760
Fax: 02572 9606765
kathrin.vogler.wk@bundestag.de

BürgerInnenbüro Paderborn

Ferdinandstr. 25
33102 Paderborn
Telefon: 05251 8792439
Fax: 05251 2978744
kathrin.vogler.wk02@bundestag.de

BürgerInnenbüro Hamm

Oststr. 48
59065 Hamm
Telefon: 0152 31719756
kathrin.vogler.wk03@bundestag.de

Impressum

Verantwortlich:
Kathrin Vogler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.kathrin-vogler.de
März 2016
Layout: Kai-Uwe Dosch
Bilder:

- S. 1: DIE LINKE.NRW, Niels Holger Schmidt
- S. 4, 6, 7, 14: Uwe Hixsch, (CC BY-NC-SA 2.0)
- S. 10: Linksfraktion, Niels Holger Schmidt

